

- Verankerung der Umweltthematik in allen Bildungsbereichen (Schulen, berufliche Bildung, Weiterbildung, Hochschulen)
- Förderung eines Innovationsprogramms für berufliche Umweltbildungsmaßnahmen (vornehmlich Förderung von Ausbildungsmodellen in Klein- und Mittelbetrieben etwa durch Arrangements für situationsbezogenes Lernen am Arbeitsplatz, Förderung von Qualifizierungsmodellen zur präventiven und innovativen Gestaltung von Arbeit und Technik)
- Gründung eines Zentrums „Beruf und Umwelt“ in einem der neuen Bundesländer oder im Ostteil von Berlin (Aufgaben: Entwicklung von Materialien für berufliche Umweltbildung einschließlich zielgruppenspezifischer Aufbereitung, Multiplikatorenschulung; Seminare für Bildungspersonal für berufliche Umweltbildung, Durchführung von beruflichen Umweltbildungsmaßnahmen zur Aktivierung von Lernenden zur Entwicklung von Sozialkompetenz.

⁶⁾ Hier ist auch der gelegentlich beobachtete Effekt zu bedenken, daß langfristige Gewöhnung an Umweltbelastungen eine Verringerung des Gefährdungsbewußtseins bewirken kann. Vgl. dazu Bogun, R.; Osterland, M.; Warszewa, G.: Was ist überhaupt noch sicher auf der Welt. Arbeit und Umwelt im Risikobewußtsein von Industriearbeitern, Berlin 1990, S. 16.

⁷⁾ Vgl. IST-Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik: Die Umweltsituation Ostdeutschlands in den Augen seiner Bürger, F + E-Vorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes. Vervielf. Manuskript. Berlin/Heidelberg 1990.

⁸⁾ Vgl. Mettin, G.: Analysebericht zum Stand der Umwelterziehung in der Berufsbildung mit

Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit, Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR, unveröff. Manuskript, Berlin 1990.

⁹⁾ Vgl. z. B. Adler, T.; Biehler-Baudisch, H. u. a.: Empfehlungen zur Beruflichen Bildung, In: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Schutz der Erdatmosphäre — eine Herausforderung an die Bildung; zur Umsetzung der Empfehlungen der Bundestags-Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ in das Bildungssystem, Bonn 1990.

¹⁰⁾ Der Vorschlag wurde im Bundesinstitut für Berufsbildung erstellt und über den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zugeleitet.

Berufsbildungsforschung:

Berufsbildungsforscher analysieren Umstrukturierungsprozeß der Berufsbildung in den neuen Bundesländern

Brigitte Seyfried

Für die neuen Bundesländer bedeutet die Übernahme der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen der Berufsbildung der alten Bundesländer eine radikale Umstellung der bisher gewohnten beruflichen Ausbildungsinhalte und -organisation. In unmittelbarem Zusammenhang damit müssen drängende und aktuelle Probleme der Berufsausbildung gelöst werden. In der ersten Phase eines 4/91 beginnenden Forschungsprojektes zum „Übergang der Berufsausbildung“ sollen durch Prozeß- und Strukturanalysen „Frühwarnindikatoren“ herausgearbeitet werden, die auf bestehende und während des Umstellungsprozesses neu entstandene Problemlagen aufmerksam machen. Die Ergebnisse dieser ersten Projektphase sollen gleichzeitig der Vorbereitung von zwei repräsentativen Erhebungen zu quantitativen und qualitativen Fragen der Gestaltung der Berufsausbildung in den Ausbildungsstätten der neuen Bundesländer dienen.

Hier knüpft dieses Forschungsprojekt an inzwischen abgeschlossene Untersuchungen zur Qualität der betrieblichen Ausbildungsgestaltung in den alten Bundesländern an.¹⁾

Nachfolgend werden in groben Zügen die Untersuchungsziele, das methodische Vorgehen sowie die grundlegenden Annahmen des Forschungsprojektes beschrieben.

Die Übernahme des Berufsbildungs- und Berufsbildungsförderungsgesetzes sowie deren Folge Regelungen fordert von allen für die Berufsausbildung verantwortlichen Institutionen, Organisationen, Personen sowie Betrieben, Unternehmen und Ausbildungsstätten in den neuen Bundesländern Anpassungsleistungen unterschiedlichsten Umfangs und Niveaus. Dieses um so mehr, als der Umwandlungsprozeß einer zentral geplanten und gelenkten Wirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft ein Konversionsprozeß ohne historisches Vorbild ist. Die Dimensionen der Problemlagen — ihre Tiefe und Breite — machen die Folgenabschätzung für struktur-, beschäftigungs- und arbeitsmarkt-

politische Interventionen schwierig. Die Grundlagen und Gewohnheiten der sozialistisch ausgerichteten Berufsbildung sind weggefallen und die marktwirtschaftliche Umorientierung auch in diesem zentralen gesellschaftlichen Bereich erfordert von allen an der Berufsausbildung Beteiligten Änderungen der Verhaltens- und Handlungsmuster. Anpassungsdruck und -aufgaben dürften dort in besonderem Maße anfallen, wo sich die Berufsbildungssysteme beider Teile Deutschlands trotz Ähnlichkeiten in der Zielsetzung und der Lernortdualität von Betrieb und Berufsschule, insbesondere hinsichtlich der Verantwortlichkeiten und Grundlagenstrukturen unterscheiden haben²⁾ (z. B. bei der Vertei-

Anmerkungen

¹⁾ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit BMU: Umwelt 1988, Nr. 9, S. 394, 396

²⁾ Vgl. Mez, L.; Jänicke, M.; Pöschke, J.: Die Energie-situation in der vormaligen DDR. Darstellung, Kritik und Perspektiven der Elektrizitätsversorgung; erweitertes und aktualisiertes Gutachten im Auftrag der Partei Die GRÜNEN, Fraktion Die GRÜNEN im Bundestag und Fraktion der Alternativen Liste Berlin. Berlin 1991.

³⁾ Vgl. Jänicke, M.: Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 3/90. Neben dem Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und Beschäftigung werden Bezüge zur Sozialpolitik sowie als Erfolgsbedingungen Problemdruck, Modernisierungskapazität, Wirtschaftsleistung, Konsensfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Strategiefähigkeit untersucht. Hier wird nicht verkannt, daß die Dimensionen des Strukturwandels in den neuen Bundesländern Vergleiche erheblich erschweren oder sogar verbieten. Trotzdem können die Ergebnisse Orientierungshilfen bei der Entwicklung von Konzepten sein.

⁴⁾ Vgl. z. B. Pressemitteilungen des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 7/91 vom 19. 2. 1991, 35/91 vom 17. 5. 1991 und 42/91 vom 18. 6. 1991.

⁵⁾ Roth, K.: Ökologische Verantwortung der Gewerkschaften — Strategien für die Umgestaltung der Produktion — In: Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes 12/1989, Sonderdruck der IG Metall, S. 5.

lung der Auszubildenden auf Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe; bei der Stärke der Beteiligung an den einzelnen Ausbildungsbereichen — siehe hierbei Sonderrolle der Ausbildung beispielsweise in der Landwirtschaft — und durch einen auffallend hohen Anteil sog. externer Auszubildenden in den Ausbildungsstätten).

Der Prozeß der Anpassung an die veränderten Anforderungen dürfte auch dadurch erschwert werden, daß die Organisationsformen des Berufsbildungssystems der ehemaligen DDR sich als sehr verfestigt erweisen und die Akteure häufig die gleichen sind. Nicht zu unterschätzen ist dabei, daß sich das Bildungssystem der ehemaligen DDR als organischer Bestandteil eines ökonomisch und sozial autoritär-formierten Gesellschaftssystems entwickelt hatte.³⁾

Damit die gesetzlichen Anforderungen auch erfüllt werden können, müssen in der Ausbildungspraxis die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Das heißt, daß Betriebe, Berufsschulen, Ausbilder und Berufsschullehrer in die Lage versetzt werden müssen, die neuen Ausbildungsordnungen inhaltlich und organisatorisch umzusetzen und die neuen Ausbildungsinhalte zu vermitteln.

Untersuchungsmethode

Um diesen in der Historie der deutschen Berufsbildung einmaligen Entwicklungs- und Übergangsprozeß systematisch zu erfassen und zu dokumentieren, werden in Abständen von einem Jahr 200–250 Fallstudien in Betrieben, Berufsschulen, außer- und überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (Ausbildungsstättenfallstudien) durchgeführt. Die Erhebungen erfolgen in Form hypothesengeleiteter und leitfadengeführter Interviews. Ergänzt werden diese Befragungen durch Expertengespräche aus Ausbildungsbetrieben, Kammern, Innungen und anderen an der Berufsausbildung beteiligten Institutionen und Organisationen. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen mit Experten aus den Ausbildungsstätten der neuen Bundesländer

diskutiert und der Fachöffentlichkeit präsentiert werden.

Für Anfang Oktober 1991 ist ein Expertengespräch mit Vertretern aus Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen, über- und außerbetrieblichen Einrichtungen aus den neuen Bundesländern geplant. Diese Veranstaltung soll dazu dienen, einen praxisnahen und problemorientierten Leitfragebogen für die geplanten Fallstudien auszuarbeiten.

Untersuchungsziele

Die als Längs- bzw. Verlaufsuntersuchung angelegte Studie des Übergangsprozesses kann zu verschiedenen Zeitpunkten Informationen und Hinweise auf Übergangsprobleme und -fragen bei der Anpassung der Berufsbildung in den neuen Bundesländern liefern. Die aufbereiteten Informationen werden dem Berichtssystem „Berufsbildungsbericht der Bundesregierung“ zur Verfügung gestellt. Die für 1992 und 1993 geplanten Erhebungen sollen zentrale Daten zum Prozeß der Entwicklung und Anpassung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern liefern und sind Teil der Prozeßanalyse.

Annahmen

Es wird davon ausgegangen, daß nach der wirtschaftlichen Konsolidierung eine systematische Erhebung von Strukturdaten zur Ausbildungsgestaltung in den neuen Bundesländern möglich ist. Auch diese Daten werden Eingang finden in die regelmäßige Berichterstattung des Berufsbildungsberichtes. Bei der für 1994 geplanten letzten repräsentativen Erhebung sollen dann auch regionale und auf einzelne Ausbildungsberufe bezogene Besonderheiten Berücksichtigung finden. Diese repräsentativ angelegte Erhebung wird schriftlich-postalisch ggf. durch Telefoninterviews ergänzt erfolgen.

Das Design des Forschungsprojektes geht davon aus, daß die Phase des Übergangs insbesondere von folgenden Problemen begleitet sein wird, die es in der ersten Projektphase zu untersuchen gilt:

- die Entflechtung der Kombinate läßt kleinere und mittlere Betriebe entstehen, die aus ökonomischen Effizienzgesichtspunkten ihre Ausbildungsleistungen einstellen und nach Wegen zu einer weiteren aktiven Beteiligung an der Ausbildung suchen müssen;
- in Industrie und Landwirtschaft haben sich die Ausbildungsmöglichkeiten verschlechtert, Handwerk und Mittelstand sind sehr stark mit Fragen der Existenzprüfung bzw. -erhaltung, der Zahlungs- und Ausbildungsfähigkeit befaßt; hier stellt sich die Frage, ob und welche Möglichkeiten zum Kapazitätsersatz für die Ausbildung nach der Zersplitterung und teilweisen Auflösung von Ausbildungskapazitäten bestehen;
- von allen Betrieben wird zusätzliches Engagement bei Fragen der Organisation und Durchführung der Ausbildung verlangt, da diese Aufgaben nicht mehr von einer zentralen Leitungsinstanz erledigt werden;
- alle Ausbildungsstätten müssen in für sie neuen Ausbildungsberufen und nach bislang nicht gekannten inhaltlichen Anforderungen ausbilden;
- das Ausbildungspersonal (auch die Berufsschullehrer) muß zusätzlich qualifiziert werden und insbesondere das nebenamtlich eingesetzte Personal für die Ausbildung muß sich mit seiner künftigen Doppelrolle, der verantwortlichen Ausbildung einerseits und der fachlichen Arbeit andererseits, noch stärker auseinandersetzen;
- die Ausbildungsstätten haben insgesamt für die personalen, technischen, qualifikatorischen, medialen und auch pädagogischen Voraussetzungen zu sorgen, um den neuen Anforderungen der nun geltenden Ausbildungsordnungen entsprechen zu können;
- der Umstrukturierungsprozeß wird die Relationen der Ausbildungsbeteiligung der Wirtschaftssektoren verschieben und beispielsweise einen höheren Bedarf an Ausbildungsberufen im Banken- und Versiche-

rungswesen, im kaufmännischen und Handelsbereich, im Hotel- und Gaststättenwesen sowie im Dienstleistungsgewerbe induzieren;

- von den Ausbildungsstätten muß insbesondere auf die enge Verbindung von Berufsausbildung und Betrieb bzw. Unternehmen geachtet werden, wenn eine praxisnahe Ausbildung an und mit modernen Techniken und Methoden erfolgen soll; die Vollständigkeit der Ausbildung wird häufig nur durch intensive Kooperation mit den überbetrieblichen Berufsbildungsstätten gewährleistet werden können;
- insgesamt müssen hohe Ausbildungsleistungen von außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten erbracht werden.

Die Ausbildung in Ausbildungsstätten und -berufen der Wirtschaftszweige des Handwerks, der Industrie, der freien Berufe und — wegen ihrer besonderen Bedeutung — der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern ist zentraler Untersuchungsgegenstand; in diesem Zusammenhang müssen besonders auch die außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen mit Vollausbildung untersucht werden.

Zum Abschluß des Forschungsprojektes sollen die Projektergebnisse dokumentiert und in Experten- und Werkstattgesprächen Vertretern der Wirtschaft (Unternehmen und Gewerkschaften), Wissenschaft und Politik sowie Vertretern der untersuchten Ausbildungsstätten in den neuen Bundesländern vorgestellt werden.

Bei Fragen können sich Interessenten an den Sprecher dieses Forschungsprojektes, Ulrich Degen, Tel.: (0 30) 86 83-2 88, wenden.

Anmerkungen

- ¹⁾ Zum Abschluß dieser Untersuchungen wird in 4/1991 eine kommentierte Materialsammlung als Materialdiskette erhältlich sein; zum Forschungsprojekt insgesamt vgl. Berichte zur beruflichen Bildung Heft 101 und 110 sowie eine — inzwischen vergriffene — Materialkurzfassung für die Betriebe und die Ergebnisse eines abschließenden Workshops (vgl. Tagungen und Expertengespräche, Heft 9); alle greifbaren Veröffentlichungen sind über Bundesinstitut für Be-

rufsbildung, K3/Veröffentlichungswesen, erhältlich.

- ²⁾ Vgl. Degen, U.; Neubert, R.; Wordelmann, P.: Betriebliche Ausbildungsgestaltung in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland — ausgewählte Aspekte zum Vergleich der Ausbildungsqualität, Wissenschaftliche Diskussionspapiere Nr. 2,

Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin — Bonn 1990.

- ³⁾ Autsch, B.; Brandes, H.; Walden, G.: Bedingungen und Aufgaben der Umgestaltung des Berufsbildungssystems in den neuen Bundesländern. Sonderveröffentlichung. Hrsg.: Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär. Berlin und Bonn 1991.

Berufliche Weiterbildung:

Qualität — Voraussetzung für erfolgreiche berufliche Weiterbildung

Barbara Meifort

Die gegenwärtige Weiterbildungsoffensive in den neuen Bundesländern wird für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur dann befriedigende Ergebnisse haben, wenn die Qualität der Weiterbildungsveranstaltungen gesichert ist: Angesichts der immensen quantitativen Dimensionen des Weiterbildungsbedarfs — jeder zweite Erwachsene in den neuen Bundesländern will sich noch in diesem Jahr an Weiterbildung beteiligen — droht die Gefahr, daß die Qualität der Lehrgänge und Kurse in den Hintergrund gedrängt wird. In dieser Situation erhalten die vom Bundesinstitut für Berufsbildung und von der Bundesanstalt für Arbeit entwickelten Qualitätsstandards eine hohe Aktualität und eine neue Dimension.

Die Diskussion um neue Kriterien und Instrumente zur Qualitätssicherung und die Möglichkeiten, ihre praktische Anwendbarkeit und Wirksamkeit zu überprüfen, stand im Mittelpunkt eines 1990 vom BIBB durchgeführten Workshops zum Thema „Qualität in der beruflichen Weiterbildung“, an dem sich Experten aus den verschiedensten Bereichen (z. B. der Bundesanstalt für Arbeit, Maßnahmeträger, Hochschulen, Fernunterricht) beteiligten.

Die jetzt vorliegende Dokumentation des Workshops gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Qualitätsdiskussion und ihrer zentralen Fragestellungen. Aus den Blickwinkeln der verschiedenen Experten wird eingegangen auf

- die Ergebnisse der Entwicklung und Anwendung von Qualitätskriterien im Rahmen der AFG-geförderten Weiterbildung,
- die Qualitätsvorstellungen von Bildungsträgern (Konzepte für unterschiedliche Zielgruppen und Inhaltsbereiche) sowie
- die bisher vorliegenden Ansätze und Instrumente zur Sicher-

ung der Qualität von Weiterbildungsangeboten auf gesetzlicher Grundlage (BBiG, AFG, FernUSG).

Vorgestellt werden darüber hinaus neue Ansätze und Möglichkeiten der Qualitätssicherung. Dazu gehören u. a.

- Fragen einer Qualitätsselbstkontrolle durch die Maßnahmeträger,
- die Entwicklung von Material- und Maßnahmekonzepten nach Qualitätsstandards,
- die Anwendung von Verbraucherschutzregeln sowie
- die Verbesserung des Qualitätsbewußtseins bei den bildungsinteressierten Nachfragern der Weiterbildung.

Die von Barbara Meifort und Edgar Sauter herausgegebene Dokumentation „Qualität in der beruflichen Weiterbildung“ (19,— DM) ist als Heft 11 der Reihe Tagungen und Expertengespräche erschienen und kann beim Bundesinstitut für Berufsbildung, K 3/Veröffentlichungswesen, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, Telefon (0 30) 86 83-5 20/5 16, bezogen werden.